

THEMEN DES MONATS

KISSINGERS BERUHIGUNGSVISITE

Der Besuch Kissingers, der am 19. Juni zum vierten Mal (1) nach Peking kam, erfolgte auf Grund einer im Kommuniqué von Shanghai getroffenen Besucherklausele, in der es heißt, daß "beide Seiten auf verschiedenen Wegen im Kontakt miteinander bleiben werden; dazu gehört, daß von Zeit zu Zeit ein hochgestellter Vertreter der USA zu konkreten Konsultationen nach Peking entsandt wird, um die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und den Meinungs austausch über Fragen von gemeinsamem Interesse fortzusetzen." (2)

Bisher haben im Rahmen dieser Bestimmung bereits die beiden Fraktionsführer des Senats sowie des Repräsentantenhauses Peking besucht. (3) Außerdem führen die Chinesen mit den USA intensive Gespräche über ihre Botschaften in Paris. (4)

Die Themenliste für den Kissinger-Besuch war vielfältig: Zur Debatte stand ein Besucher-Austauschabkommen (Sport- und Studentenaustausch), die Eröffnung eines ständigen US-Nachrichtenbüros in Peking, die Taiwan-Frage, Japan-Probleme (Satos Rücktritt!) und Fragen, die im Zusammenhang mit dem Nixon-Besuch in Moskau (22.-29.5.) aufgetaucht sind. (5) Hauptthema aber war ganz sicherlich der weiter eskalierende Vietnam-Krieg, eine "Frage von gemeinsamem Interesse" also, die seit der Verminderung der nordvietnamesischen Häfen neues Konfliktpotential geschaffen hat. Vergleicht man die unheimlich scharf gefaßte chinesische Regierungserklärung vom 10. April (6), so wird deutlich, daß China seit dem 8. Mai der Nixon-Regierung in der Vietnamfrage keinen weiteren Kredit mehr einräumen wollte; denn die Frage der eigenen nationalen Sicherheit war über Nacht wieder akut geworden. Kissingers Besuch hatte also - ganz im Gegensatz zu den Ausführungen des Sprechers im Weißen Hause, Ziegler, - mehr als nur Routinecharakter. Er sollte das jäh aufgeflackerte Mißtrauen wieder stillen.

Dazu aber bedurfte es einer neuen Vietnam-Diskussion. Peking steht auf dem Standpunkt, daß die Beschlüsse der Genfer Konferenz von 1954 nach wie vor Grundlage für die Regelung der Indochina-Frage seien. Die bisherigen Vorschläge der Vietnamesen, namentlich die "7 Punkte" der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam vom 1. Juli 1971 und die "9 Punkte" Hanois vom 26. Juni 1971 (7), die China uneingeschränkt unterstützt, seien nichts anderes als eine der Situation angepaßte Konkretisierung der Genfer Abmachungen. Zwei Schlüsselprobleme standen dabei im Vordergrund, nämlich

die Aufforderung an Washington, einen genaueren Termin für den totalen Abzug aller seiner Truppen aus Vietnam zu nennen, und ferner die Forderung, die "Marionetten" um Van Thieu zum Rücktritt zu veranlassen. (8)

Washington wünscht demgegenüber (in seinem "8 Punkte-Vorschlag" vom 25.1.1972) freie Wahlen für die südvietnamesische Bevölkerung über ihre eigene Zukunft (Stufenfolge: Wahl südvietnamesischer Führungsorgane; sodann Verhandlung dieser Organe über die Wiedervereinigung mit Nordvietnam unter dem Zeichen "einer allgemeinen Waffenruhe und ohne Einmischung von außen"; schließlich internationale Garantien hinsichtlich dieser Abmachungen sowie "internationale Überwachung aller militärischen Aspekte" unter Berücksichtigung der Genfer Indochina-Vereinbarung von 1954 und 1961). Sobald es über diesen Stufenplan zu konkreten "Abmachungen" zwischen Nord- und Südvietnam gekommen sei, werde Washington seine Truppen innerhalb von 6 Monaten vollständig aus Vietnam abziehen.

Es gibt also zahlreiche Punkte, über die Washington und - in der Gefolgschaft Hanois - Peking sich einig sind. Beide plädieren für die Verbindlichkeit der Genfer Abmachungen. Beide sind sich auch darin einig, daß die amerikanischen Truppen vollständig abgezogen werden sollen. Einigkeit besteht sogar über den Rücktritt von Van Thieu, der z.B. dem "8 Punkte-Vorschlag" zufolge einen Monat vor der Durchführung der "Präsidentenwahl" sein Amt quittieren soll.

Streitig ist dagegen die Frage des Abzugstermins. Streitig ist ferner - und dies ist ein langfristiges Problem! - die Frage, ob die geplante Neutralität der indochinesischen Staaten "positiv", d.h. durch Überwachung und Sanktionen von außen, gesichert werden soll oder nicht. Obwohl Peking nämlich gegen die von Moskau materiell so eindrucksvoll unterstützte und für China nicht ungefährliche konventionelle vietnamesische Kriegführung Bedenken hegt, will es doch in Zukunft nicht darauf verzichten, das "vietnamesische Volk" in einem "lange hingezogenen Volkskrieg" zu "unterstützen". Eine "positiv" garantierte Neutralität würde - wie schon anläßlich der Laos-Konferenz von 1962 - als Unterdrückung der "Selbstbefreiungsbestrebungen des vietnamesischen Volkes" interpretiert. Chou und Kissinger hatten in diesem Punkte also - abermals? - erhebliche Meinungsverschiedenheiten auszutragen.

Noch viel wichtiger freilich als dieser Zukunftsaspekt war für die Chinesen einstweilen die Frage ihrer eigenen Sicherheit. Nicht ganz ohne Grund hieß es ja in der Erklärung des chinesischen Außenministeriums vom 12. Juni, daß die "Ausdehnung des Bombardements in Nordvietnam bis zur chinesischen Grenze ... die Sicherheit der VRCh bedrohe". (10) Gerade in diesem Punkte dürfte Kissingers Besuch besondere Erleichterung gebracht haben, auch wenn er angesichts der nordvietnamesischen Bedrängnis etwas peinlich wirken mußte.

Kissingers Besuch traf zeitlich zusammen mit einer Visite des sowjetischen Staatsoberhauptes Podgorny in Hanoi. Synchronisation oder Zufall? Kurz vorher war ja Nixon in Moskau gewesen, wo die Vietnam-Frage einen breiten Raum in der Diskussion eingenommen hatte. Sollten die Reisen der russischen und der amerikanischen Delegation der Vorbereitung einer "ehrenvollen Lösung" des Konflikts in Vietnam dienen? In diesem Falle hätten beide Delegationen auf eine Verhandlungslösung in Paris drängen müssen. Darum ist es aber einstweilen schlecht bestellt. -

Podgorny hatte zwar nach seiner Reise die baldige Wiederaufnahme der Friedensgespräche vorausgesagt und sich "beglückt" über die Ergebnisse seiner Gespräche gezeigt. Freilich sprach die "Nowaja Vremja" in diesem Zusammenhang von "kameradschaftlicher Offenheit" und benutzt damit eine Umschreibung für nicht übereinstimmende Auffassungen. (11) Auch sagte Podgorny nicht mehr Unterstützung bis zum „völligen Sieg“ zu, sondern sprach nur von "notwendigem Beistand". Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß Moskau an einer Verhandlungslösung interessiert ist, da der Vietnamkrieg den sowjetischen Interessen nicht mehr zu dienen vermag. Noch vor wenigen Jahren hatte der Krieg zahlreiche amerikanische Kräfte absorbiert - zumindest von Europa abgezogen und überdies China provoziert. Seit dem immer fühlbarer werdenden Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Indochina, seit dem Nixon-Besuch in Peking und seit der Rückkehr der USA nach Europa ist diese ursprüngliche Interessenlage nicht mehr gegeben. Eine Verhandlungslösung wäre in dieser Lage das Optimum. Hanoi freilich war in diesem Punkt offensichtlich schwerhörig.

Chou En-lai andererseits hatte dem Sonderberater des nordvietnamesischen Chefunterhändlers bei den Pariser Friedensgesprächen Le Duc Tho, der vom 17. - 18. Juni in Peking gewesen war, schon vor dem Kissinger-Besuch nachdrücklich zu verstehen gegeben, China werde nicht noch einmal in den Fehler verfallen, Hanoi - ähnlich wie 1954 in Genf - zu einer Verhandlungslösung zu drängen. Das "Trauma von Genf", also die bösen Erinnerungen an die Indochina-Konferenz

von 1954, welche die vietnamesischen Nationalrevolutionäre um die Früchte ihres Sieges über Frankreich brachte, wirkt in Hanoi auch heute noch nach. Jede internationale Regelung des Vietnam-Konfliktes gilt dort als unerwünscht. Die Regelung der Vietnam-Frage ist in den Augen Hanois keine Angelegenheit der Globaldiplomatie, sondern eine rein interne Sache der Vietnamesen. Die Grundlagen für eine Lösung sind nicht so sehr am Verhandlungstisch als vielmehr auf dem Schlachtfeld zu legen. Hanoi und die NLF beharren auf dieser Lösung "aus den Läufern der Gewehre", obwohl die Bombardements der Amerikaner bisher größeren Schaden angerichtet haben als je zuvor in den vergangenen Jahren. Die Pariser Verhandlungen dienen nach alledem nur dem Zweck, die Amerikaner zum restlosen Abzug aus Vietnam und zum Rücktritt ihrer "Marionetten" in Saigon zu veranlassen. Irgendwelche Rechte zur Mitgestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen Süd- und Nordvietnam werden den Amerikanern nicht zugestanden. Wie es im 9-Punkte-Vorschlag Nordvietnams vom 26. Juni 1971 zur Regelung des Vietnam-Konfliktes heißt, müssen die "Vereinigten Staaten die Genfer Abkommen von 1954 über Indochina und die von 1962 über Laos achten, ihre Aggression und Intervention in den Ländern Indochinas einstellen, um die Völker Indochinas ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln zu lassen". (12) Die Wiedervereinigungsmodalitäten sollen sich mit anderen Worten nach den Vorstellungen Hanois bestimmen. Eine Verhandlung mit den Amerikanern über diese Punkte ist Anathema. Hanoi zeigt sich hierin unbeugsam. Immerhin hatten sich ja in der Zwischenzeit nicht weniger als fünf europäische Länder als ehrliche Makler eingeschaltet, nämlich die Rumänen, die Schweden (Nov. 1966 - Febr. 1968), die Norweger (Juni 1967 - März 1968), die Franzosen (Sept. und Okt. 1967) und die Italiener (Febr. und März 1968). (13) All ihre Bemühungen um eine Verhandlungslösung waren zum Scheitern verurteilt.

Nach alledem erscheint es denkbar unwahrscheinlich, daß die Führung in Peking im Zusammenhang mit den Pariser Verträgen Druck auf Hanoi ausüben wird, obwohl sie weiß, daß der ihr günstig gestimmte Nixon im Wahljahr 1972 so schnell wie möglich die Hypothek des Vietnamkriegs löschen muß. Weit davon entfernt, den amerikanischen 8-Punkte-Vorschlag zu unterstützen, hat sie in der Zwischenzeit sogar ihr "Unterstützungsversprechen" für Nordvietnam und den Vietcong nachdrücklich erneuert. Wie Peking in der Erklärung des Außenministeriums vom 12. Juni sowie bei dem Empfang zum 3. Jahrestag der Gründung der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam am 5. Juni klar-

gemacht hat, wird China "weiterhin alles in seinen Kräften Stehende tun, um dem vietnamesischen Volk und den anderen Völkern Indochinas Unterstützung und Hilfe zu erweisen". (13)

- (1) Die vier Besuche: 1. Besuch - Geheimvisite vom 1.-11.7.1971; 2. Besuch - Vorbereitungen für den Besuch Präsident Nixons; 3. Besuch - 21.-28.2. als Begleiter des amerikanischen Präsidenten; 4. Besuch 19.-23.6.
- (2) Europa-Archiv Folge 6/1972 S.D. 136-139 (139)
- (3) Vgl. C.a. April 1972, S.2. Die beiden Führer im Repräsentantenhaus Hale Boggs und Gerald R. Fox besuchen China vom 26.6. - 5.7.1972
- (4) Vgl. C.a. Mai 1972, S.4
- (5) Der Sprecher des Weißen Hauses, Ziegler, meinte zwar auf einer Pressekonferenz, daß kein fester Themenkatalog vorhanden sei; doch kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Vietnam-Krise im Vordergrund stand.
- (6) Zum Vergleich zwischen den Regierungserklärungen siehe "Vietnam und kein Ende" in C.a. Mai 1972, S.14-18
- (7) Zur 7-Punkte-Erklärung vgl. PRu 1971 Nr.28, S.18-20. Außerdem hat die Regierung von Nord-

Unter allen Umständen freilich wird Peking seine "Unterstützung" zu dosieren wissen, daß nicht Vietnam allein, sondern alle drei indochinesischen Völker sich in die Früchte des erhofften Sieges teilen können. (14) we

- vietnam am 26. Juli 1971 einen 9-Punkte-Vorschlag vorgelegt, der in den Fragen Truppenabzug - Kriegsgefangene - Regelung der inneren Angelegenheiten Südvietnams - Kriegsschäden - Beziehungen der indochinesischen Staaten - Feuereinstellung - internationale Überwachung und Garantie mit dem Vorschlag der NLF etwa gleichläuft. Näheres vgl. Europa-Archiv Folge 6/1972, S.D. 146/147.
- (8) Näheres hierzu in "Die Diskussion um Nixons 8-Punkte-Vorschlag zur Lösung des Vietnam-Problems" in C.a. Februar 1972, S.14-15
- (9) Abgedruckt in Europa-Archiv Folge 6/1972, S.D. 145 f.
- (10) SWB, 24.6.1972
- (11) Zit. in "Die Zeit" vom 23.6.1972
- (12) Zu den 9 Punkten Nordvietnams vgl. Fußnote 7
- (13) Näheres hierzu Jack Anderson "Secret Diplomacy on Vietnam", Herald Tribune 15.6.72
- (14) Rede Yeh Chien-yings beim Empfang, SWB 8.6.72

PEKINGS ANTISOWJETISCHER CORDON SANITAIRE UM NAH-OST

Einer der Schwerpunkte sowjetischer Außenpolitik liegt im Nahen Osten. China weiß das und ist seit einigen Monaten bemüht, einen cordon sanitaire a la Peking um dieses Gebiet zu legen.

Die ersten Versuche dieser antisowjetischen Vorwärtsstrategie mögen zwar noch recht unscheinbar und harmlos wirken, sind aber gleichwohl mit einer Zielstrebigkeit angestellt, die schon beinahe an Pedanterie grenzt - oder sollte man von geopolitischer Präzisionsarbeit sprechen?

Wenn Pekings Rechnung aufgehen soll, so mußte es sich, wie ein Blick auf die Landkarte zeigt, zumindest mit folgenden Ländern gut stellen:

- Im Mittelmeer: Türkei, Griechenland, Zypern, Balkanstaaten und Malta
- Im Indischen Ozean und am Roten Meer: Äthiopien, Somalia, Sudan, Kenya, Tansania, Madagaskar.

In der Tat sind beinahe sämtliche hier aufgezählten Staaten in den letzten Monaten von den Chinesen umworben worden:

a) Mit der Türkei und mit Zypern hat die VRCh im April bzw. Dezember 1971 diplomatische Beziehungen aufgenommen.

b) Auch die Aufnahme offizieller Beziehungen zu Athen im Juni 1972 gehört mit in die Politik antisowjetischer Schachzüge, zumal Griechenland seit Mai 1971 mit dem engsten Freund Chinas in Europa, Albanien, gute Beziehungen unterhält.

c) Auch mit Rumänien und Jugoslawien sind die Bande in letzter Zeit immer enger geworden.

d) Im April 1972 erhielt Malta nach einem Besuch seines Ministerpräsidenten Dom Mintoff in Peking 46,2 Millionen US Dollar Entwicklungshilfe, damit es "auf eigenen Beinen" stehen kann und nicht auf die Supermächte angewiesen ist. Peking handelte sich dafür das Versprechen ein, daß La Valetta nicht von der sowjetischen Flotte angelaufen werden darf. Auch wird dort keine sowjetische Botschaft errichtet. Während Peking demnächst eine diplomatische Vertretung einrichten wird, regeln die Sowjets ihre Malta-Angelegenheiten von London aus.

Überdies treten die Chinesen für die Ausdehnung der nationalen Küstengewässer auf 200 Seemeilen ein - eine Forderung, die beispielsweise das Mittelmeer gegen den Willen Moskaus zu einem mare nostrum der Anliegerstaaten werden ließe und dort auf lebhaftes Sympathie stößt.